

## Der Weg zum „sozialistischen Dorf“

### Die Kollektivierung der Landwirtschaft und der Wandel des Alltagslebens im thüringischen Merxleben

Als am Münchner Universitätsinstitut für Volkskunde/Europäische Ethnologie beschlossen wurde, eine vergleichende Fallstudie über Alltagskultur im „sozialistischen Dorf“ zu beginnen, das heißt ein DDR-Dorf und ein bulgarisches Dorf im Hinblick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede des Alltagslebens miteinander zu vergleichen, hatte niemand mit der Wichtigkeit der Agrarpolitik für eben dieses Alltagsleben gerechnet.<sup>1</sup> Spätestens bei den ersten Besuchen in beiden Dörfern und bei der Sichtung der Archivakten wurde uns bewusst, dass die Agrarpolitik beider kommunistischer Staaten eine ähnlich prägende Wirkung hatte wie Kriege, Krisen oder Getreidepreisschwankungen bei historischen volkskundlichen Untersuchungen.

Ich hatte mir für unsere Forschungen das thüringische Dorf Merxleben im damaligen Landkreis Bad Langensalza unweit von Erfurt ausgesucht, das als Gründungsort der ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaft (LPG) der DDR eine gute Quellenlage versprach.<sup>2</sup> Und ich erkannte bald, dass die weiter zurückliegende Geschichte des Dorfes ebenso mit einbezogen werden musste wie die des Weges zum „sozialistischen Dorf“, denn sie gibt Aufschlüsse über mentale Besonderheiten der thüringischen Dorfbewohner und über Sozialstrukturveränderungen.

Das DFG-gestützte Forschungsprojekt erlaubte uns über einen Zeitraum von drei Jahren Feldforschungen vor Ort, das heißt es wurden fokussierte, teilstrukturierte Interviews gemacht, kombiniert mit teilnehmender Beobachtung. In den örtlichen, überregionalen und ehemaligen Parteiarchiven wurden – soweit zugänglich – Archivalien eingesehen und ausgewertet. Entstanden ist eine Fallstudie über Merxleben, über die ich im Folgenden berichten werde.

### Die normative Agrarpolitik der SBZ/DDR

Es ist davon auszugehen, dass Staat und Partei ihr Fernziel, eine Modernisierung der Landwirtschaft als „sozialistische Landwirtschaft“, gründend auf vergesellschafteten Produktionsmitteln und hoch industrialisierter Produktion nach sowjetischem Vorbild, von Anfang an im Auge hatten, auch wenn die Begründungen dafür erst im SED-Programm von 1976 nachgereicht wurden: erstens in der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft die Produktion und Effektivität systematisch zu erhöhen, um eine stabile, sich stetig verbessernde Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln und der Industrie mit Rohstoffen zu sichern, bei Verringerung bisher erforderlicher Futtermittelimporte; und zweitens eine Annäherung der Arbeits- und Lebensbedingungen zwischen Stadt und Land zu schaffen.<sup>3</sup> Das soziale Endziel der Agrarpolitik der SED war die Beseitigung der selbständigen Bauern zugunsten einer

einheitlichen neuen Klasse von „Genossenschaftsbauern“, deren Lebensstil durch die Trennung von Arbeiten und Wohnen dem der Industriearbeiter gleichen sollte.

Die SED-Führung räumte einer Entwicklung zu diesem Fernziel etwa 25 Jahre ein, was sich in einem Periodisierungsschema des Transformationsprozesses in fünf Etappen widerspiegelt, das im Parteiprogramm der SED von 1963 niedergelegt ist:<sup>4</sup>

Phase I: Periode der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945–1949

Phase II: Schaffung der Grundlagen des Sozialismus 1949–1952

Phase III: Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse 1952–1960

Phase IV: Der umfassende Aufbau des Sozialismus 1960–1970

Phase V: Die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ab 1970

Die wichtigsten herausragenden agrarpolitischen Ereignisse, die zwischen 1945 und 1960 in Merxleben stattfanden, waren die Bodenreform 1945, die erste LPG-Gründung 1952 und die zwangsweise Totalkollektivierung 1960. Bei dem Versuch der Durchsetzung agrarpolitischer Maßnahmen wurden allerdings besondere Bedingungen vor Ort wirksam, die entweder zur Modifikation der Maßnahmen führten, Umwege bedeuteten, die Maßnahmen beförderten oder aber verzögerten. Dazu zählen unter anderen der Flüchtlingsstrom, die Liefergemeinschaft, die Gründung einer Alternativgenossenschaft LPG Typ I, die Unterwanderung der Totalkollektivierung durch Massenbeitritt zur LPG Typ I und die ungebrochene Bedeutung der so genannten persönlichen Hauswirtschaft.

## Vorgeschichte

Merxleben ist ein Dorf in Stadtnähe, nur zweieinhalb Kilometer von Bad Langensalza entfernt, hat eine Einwohnerschaft von rund 500 und ist seit jeher landwirtschaftlich geprägt, wohl wegen seiner Lage im fruchtbaren Thüringer Becken. Der Ackerbau rangierte deutlich vor der Viehzucht. Angebaut wurden Braugerste, Winterweizen, Zuckerrüben, Kartoffeln, Mais und Gemüse. Der Ort kann auf eine bis ins 9. Jahrhundert zurück reichende Geschichte blicken und erreichte bereits im 13. Jahrhundert durch den in Mitteldeutschland sehr lukrativen Waid-Anbau<sup>5</sup> einen bescheidenen Wohlstand, der zu einer Schichtendifferenzierung führte, unterstützt nochmals durch die Säkularisierung. Spätere Rittergutsbesitzer, seit dem 18. Jahrhundert Bürgerliche aus der Stadt, modernisierten die Landwirtschaft durch Einführung der Kartoffel und neuer Futtermittelpflanzen. Nach der Separation Mitte des 19. Jahrhunderts differenzierte sich die Bevölkerung Merxlebens abermals, die Ärmeren wanderten in die Städte ab. So erklärt sich möglicherweise die bis ins 20. Jahrhundert zu beobachtende Bevölkerungszusammensetzung in einem stark mittel- und großbäuerlichen geprägten Dorf, dessen Rittergut vor dem Zweiten Weltkrieg 124 Hektar umfasste; 850 Hektar Bodenfläche entfielen auf 84 ablieferungspflichtige Betriebe.<sup>6</sup> Das Rittergut beschäftigte immer schon Saisonarbeiter, in beiden Kriegen waren es Kriegsgefangene, so genannte „Fremdarbeiter“, für deren Einsatz auch bei größeren und mittleren Betrieben der NS-Bürgermeister zusammen mit dem ortsansässigen Kreisbauernführer sorgte. Die NS-Agrarpolitik begünstigte in Merxleben vor allem Groß- und Mittelbauern. Es galt während des Dritten Reiches als „braunes Dorf“ auch aufgrund seines Wahlverhaltens (bei der Reichstagswahl 1932 wählten von 302

erschienenen Wählern von insgesamt 392 Stimmberechtigten 212 die NSDAP).<sup>7</sup> Die Kleinbauernstellen hingegen waren bei Kriegsende auf ein Drittel des Vorkriegsstandes dezimiert. Sonstige Kriegsschäden waren nicht zu beklagen. Nach Einmarsch sowjetischer Truppen im Juli 1945, die in der benachbarten Kreisstadt stationiert waren, wurde das Dorf häufig von Hausdurchsuchungen durch Militärangehörige heimgesucht, Vieh wurde weggetrieben, Dorfbewohner abgeholt und inhaftiert. Die einheimische Dorfbevölkerung sah die neuen Machthaber und ihre sowjetischen „Freunde“ mit Misstrauen.

Mit Kriegsende kamen Flüchtlinge aus den Ostgebieten ins Dorf – „Umsiedler“ nannte man sie fortan –, die die Einwohnerzahl um mehr als 50 Prozent erhöhten, das heißt die vorhandenen 123 Wohnungen waren hoffnungslos überbelegt. Die Flüchtlinge stellten Arbeitskräfte, waren mit der Entlohnung in Naturalien zufrieden; trotzdem gab es scharfe Spannungen und Konflikte zwischen Einheimischen und Zugezogenen.

## Die Bodenreform

Als im September 1945 gemäß der Bodenreformdirektive der KPD-Leitung und der Länderverordnungen die Bodenreform<sup>8</sup> durchgeführt wurde, die den Rittergutsbesitz und den des NS-Kreisbauernführers von insgesamt 140,27 Hektar enteignete (nebst Nutztieren und kleineren Landmaschinen) und an 35 anspruchsberechtigte Familien verteilte,<sup>9</sup> fühlten sich – nach Interviewaussagen – die Flüchtlinge benachteiligt; denn die Einheimischen hatten sich die besten Böden und die wertvollsten Nutztiere gesichert. Der Gutsbesitzer wurde – trotz einer Petition von Landarbeitern zu seinen Gunsten – im Zuchthaus Gräfontonna inhaftiert; auch nach seiner Entlassung durfte er den Ort nicht mehr betreten. 1948 wurde das Gutshaus auf Befehl des Landrats abgerissen; alle Dorfbewohner mussten sich an den Abrissarbeiten beteiligen.

Durch die Bodenreform hatte die Zahl der kleinen Landwirte – sie wurden als „Neubauern“ bezeichnet – erheblich zugenommen; die Sozialstruktur im Dorf hatte sich verändert. Sie stellten im Dorf eine neue Gruppierung, die sich durch großen Zusammenhalt auszeichnete. Nach den Worten der Alteingesessenen ließen ihre landwirtschaftlichen Fähigkeiten jedoch zu wünschen übrig. Tatsächlich war die Zahl der verfügbaren größerer Nutztiere nicht ausreichend, es fehlte an Zugtieren, Landmaschinen, Saatgut und Kunstdünger, die Ablieferungsverpflichtungen waren kaum zu erfüllen, und selbst bei intensiver Mitarbeit der gesamten Familie war die Existenzsicherung kaum gewährleistet. Einige Neubauern – in Merxleben waren es drei Familien – gaben ihr Bodenreformland wieder zurück, andere hofften auf staatliche Unterstützung. Aber selbst die neu gegründeten Maschinenausleihstationen (MAS), später Maschinen-Traktor-Stationen (MTS), die die Neubauern bevorzugt bedienen sollten, arbeiteten lieber auf den großen Flächen der Altbauern, die außerdem die Traktoristen mit Würsten und Speck bezahlen konnten – so geht es aus einem Partei-Bericht von 1950 hervor.<sup>10</sup> Die Neubauern befeißigten sich großer Loyalität gegenüber dem Staat und der durch Zusammenschluss von KPD und SPD 1946 entstandenen neuen Partei SED, zu deren Mitgliedern ein Großteil von ihnen zählte. Die Alteingesessenen, die noch immer eine ökonomische Vormachtstellung im Dorf innehatten, nahmen ihnen gegenüber eine distanzierte Haltung ein. Für jede erbetene Hilfeleistung mussten die Neubauern mit Hand- und Spanndiensten bezahlen, daher ließ die Integrationsbereitschaft zu wünschen übrig.

Es nimmt nicht wunder, dass die Neubauern zur Selbsthilfe griffen. Einer der Flüchtlinge, ein sudetendeutscher Bauernsohn, Ernst Großmann, der samt seiner Familie im Merxlebener Gutshaus untergekommen war, organisierte Baumaterial aus Abbruchmaterial der Kasernen in der Kreisstadt und begann 1948 zusammen mit anderen Umsiedlern mit dem Bau von kleinen Neubauerngehöften am Dorfrand, unterstützt durch den Befehl Nr. 209 der Sowjetischen Militäradministration (SMAD). Und als die Dekadenablieferung die Neubauern immer mehr in Bedrängnis brachte, war er es, der seine Erfahrungen mit Genossenschaften als einstiger Molkereifachmann einbrachte und seinen Mitstreitern Ende 1950 die Gründung einer Ablieferungsgenossenschaft vorschlug, die gegenseitige Hilfe nicht nur bei der Ablieferung, sondern auch bei Landbestellung, Maschinenleihe und Nutztiertausch vorsah. Diese Ablieferungsgemeinschaft, die anfangs von der Kreisparteileitung abgesegnet worden war, festigte das Selbstbewusstsein der Neubauern, die die Altbauern aus ihrer Gemeinschaft ausgrenzten.<sup>11</sup> Sie wurde bereits am 28. Mai 1951 nach Intervention der SED-Parteileitung und auf Veranlassung des ZK der SED und sowjetischer Militärs wieder aufgelöst – die Zeit sei noch nicht reif, hieß es.<sup>12</sup>

## Die Kollektivierung

Am 8. Juni 1952 gründeten 22 Merxlebener Bauern (Kleinbauern, Flüchtlinge, ansässige Industriearbeiter) wiederum eine Genossenschaft; dieses Mal nannte sie sich LPG und war die erste dieser Art in der DDR. Absprachen mit der Partei auf höchster Ebene und mit dem Landwirtschaftsministerium waren dem vorausgegangen.<sup>13</sup> Die Gründung war aufgrund der negativen Vorerfahrungen weder freiwillig noch spontan, sondern auf Betreiben des Bezirkssekretärs der SED zustande gekommen.<sup>14</sup> Großzügige Wirtschaftshilfen und langfristige Kredite waren vom Landwirtschaftsminister Scholz zugesagt worden. Auf der 2. Parteikonferenz der SED im Juli 1952, wo der planmäßige Aufbau des Sozialismus verkündet wurde, referierte der neue LPG-Vorsitzende Ernst Großmann aus Merxleben über die Neugründung der LPG mit Namen „Walter Ulbricht“.<sup>15</sup> Die Statuten der LPG, die zusammen mit ranghohen SED-Funktionären erarbeitet worden waren, wurden DDR-weit zu Musterstatuten der LPG Typ II erklärt (mit einer Teilvergesellschaftung). Bereits am Jahresende wurde die LPG in eine Typ III umgewandelt, das heißt die einzelbäuerlichen Betriebe samt lebendem und totem Inventar wurden vergesellschaftet. Der eingebrachte Boden, 241 Hektar, blieb formell im Besitz der Bauern, die jedoch alle Verfügungsgewalt darüber verloren hatten. Der LPG-Vorsitzende machte Polit-Karriere, wurde 1952 Kandidat des ZK der SED, später Vollmitglied und nahm im gleichen Jahr am XIX. Parteitag der KPDSU teil. Am Rande des Dorfes entstanden im Laufe der nächsten Jahre Wirtschaftsgebäude und Stallungen, aber die LPG war hoch verschuldet, den LPG-Mitgliedern ging es finanziell schlecht. Sie konnten nur mit Hilfe ihrer persönlichen Hauswirtschaft überleben, das heißt eine zahlenmäßig begrenzte private Tierhaltung und die Nutzung von 0,5 Hektar Ackerland pro Familie war erlaubt.

1952 gab es in Merxleben noch immer 52 Bauernwirtschaften mit 600 Hektar Land, die den LPG-Beitritt ablehnten. Durch Verkauf von landwirtschaftlichen Überschüssen als so genannte „Freie Spitzen“<sup>16</sup> zum Zwei- bis Dreifachen des Normalpreises konnten insbesondere mittlere Betriebe (unter 20 Hektar Nutzfläche) wirtschaftlich überleben, größere hingegen hatten wegen der Hektar-Veranlagung<sup>17</sup> Schwierigkeiten mit der Pflichtablieferung und



[Abbildung siehe Druckfassung]

Abbildung 1: Titelblatt der Broschüre anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der LPG „Walter Ulbricht“ (Privatsammlung Barbara Schier)

wurden unter Druck gesetzt (Verweigerung der Schlachtgenehmigung, Vertreibung vom Hof wegen „Soll“-Schulden). Sämtliche Schwierigkeiten, die die Einzelbauern mit der Agrargesetzgebung hatten, lasteten sie den LPG-Genossen an – der von der Partei lancierte Klassenkampf nahm in Merxleben schlimme Formen an, führte zu Denunziationen und Inhaftierungen.

Das Arbeitskräfteproblem traf LPG ebenso wie private Landwirte. Nach Inkrafttreten des Landarbeiterschutzgesetzes (1949) waren Landarbeiter für die LPG wie auch für die privaten Landwirte zu teuer geworden; außerdem wanderten viele Landarbeiter in die Industrie ab. Die LPG war nicht ausreichend industrialisiert und hatte devastierte Flächen mit zu bearbeiten, weigerte sich deshalb auch, von Großbauern Flächen als Geschenk zu übernehmen, deren Bearbeitung gesetzlich vorgeschrieben war. Durch das Parteiprogramm von 1953 „Industriearbeiter aufs Land“ versuchte die LPG, ihr Arbeitskräfteproblem zu lösen. Die privaten Landwirte mussten sich etwas anderes einfallen lassen, um ihre viel zu großen Flächen bearbeiten zu lassen.

Seit langem hatten einige einzelbäuerliche Familien die Absicht, eine Alternativ-LPG Typ I zu gründen, um in den Genuss der gleichen Vergünstigungen wie die andere LPG zu kommen. Das Vorhaben scheiterte lange am Widerstand des autoritären Vorsitzenden der bestehenden LPG Typ III, der zu Recht begriff, dass eine nur teilvergesellschaftete LPG zu

einer Konkurrenz der bestehenden werden könnte, der besseren Verdienstmöglichkeiten wegen, da Typ I private Tierhaltung erlaubte. Erst 1958 schafften es vier miteinander verwandte mittel- und großbäuerliche Familien, eine solche LPG Typ I zu gründen, die bis 1968, als beide LPG zwangsweise zusammengelegt wurden, Bestand hatte. Die neu gegründete LPG Typ I, bestehend aus vier Betrieben, verfügte über 80 Hektar Nutzfläche, die bestehende Typ III über 268 Hektar Nutzfläche und umfasste 38 Betriebe. Nur ein Jahr später wurde der erste Vorsitzende der LPG „Walter Ulbricht“ als ehemaliger SS-Mann enttarnt, was zwar zu seiner Entfernung aus dem ZK der SED führte, nicht aber zum Verlust seiner Stellung als LPG-Vorsitzender.

1960 wurde die Partei-Parole „Der Apfel ist reif!“ ausgegeben. Am so genannten Landsonntag, dem 20. März 1960, war im Landkreis ein Massenaufgebot von Agitatoren der Parteien und Organisationen unterwegs, Arbeiter und Schüler skandierten Polit-Parolen in Sprechchören und klopfen an jedes Hoftor. So wurde die Einwohnerschaft Merxlebens, die noch nicht LPG-Mitglied war, zum Eintritt in die LPG gedrängt. Der Kreis Bad Langensalza war zwar der erste, der die Vollkollektivierung als Sieg des „sozialistischen Frühlings“ an den Bezirk melden konnte, aber lediglich eine Familie war der LPG Typ III beigetreten, alle anderen 22 Betriebe waren Mitglieder der LPG Typ I geworden, die ihre Mitgliederzahlen von 14 auf 71 steigern konnte.

Die LPG „Walter Ulbricht“ – in den frühen Fünfzigerjahren ein Medienereignis, der Vorsitzende fast ein Lesebuchheld – versank zunehmend in der Bedeutungslosigkeit. Die ökonomische Konsolidierung hatte nicht in der gewünschten Weise stattgefunden; so kam es, dass die Partei für den Vorsitz einen anderen Kandidaten lancierte und Großmann 1965 von der Vollversammlung abgewählt wurde. Nun wurden die Weichen für einen modernen industrialisierten Großbetrieb gestellt. Unter der neuen Führung nahm das Unternehmen einen Aufschwung, der durch zwangsweise Betriebszusammenlegung (Typ I und Typ III) innerhalb des Dorfes erreicht wurde, sowie durch rücksichtslose Rationalisierung und Spezialisierung. 1970 fusionierte die LPG mit zwei weiteren Betrieben der Nachbarorte zu einer Groß-LPG, die sich nach der staatlich verordneten Trennung von Tier- und Pflanzenproduktion auf Schweinezucht und Schafstammzucht spezialisierte. Trotz brutaler Härten gegenüber den Bauern der LPG Typ I (Inventarbeiträge)<sup>18</sup> verstanden es die neuen Vorsitzenden, einen industriellen Großbetrieb so zu führen, dass die Mitglieder mit den finanziellen Abschlägen von rund 1.200 Mark im Monat zufrieden waren; hinzu kamen erhebliche Sozialleistungen vom Betrieb als zweite Lohntüte. Ohne nennenswerte Behinderungen konnten die LPG-Mitglieder zusätzlich ihre private Hauswirtschaft ausbauen, die ihnen steuerfreie Zusatzeinkünfte bescherte.

## Das Alltagsleben

Die Nachkriegszeit unterschied sich von der Kriegszeit, was das Alltagsleben betraf, nicht wesentlich. Arbeitskräfte stellten jetzt die Flüchtlinge, Naturalien waren ausreichend vorhanden, Saatgut war oftmals knapp, man tauschte es ein. Die Hamsterer brachten ins Dorf, was sonst noch fehlte. Wohnraum war überbelegt, aber viele der Flüchtlinge kamen und gingen wieder. Die Flüchtlinge, die blieben, waren hartnäckig, richteten sich ein, ließen sich nicht entmutigen.

Die zunehmenden Probleme, die die rigide Agrarpolitik durch Ablieferungsaufgaben den Alteingesessenen zumutete, und dann noch die Gründung der Liefergenossenschaft führte zu feindseligem Verhalten von Altbauern und Neubauern, letztere waren „die Kommunisten“, die man schwarz machen müsse und zum Dorfe hinausjagen sollte – so eine Notiz, die sich im Archiv fand.<sup>19</sup> Größere Bauern verarmten, weil aufgrund die Hektarveranlagung oftmals das letzte Stück Vieh aus den Ställen geholt wurde; Neubauern kamen erst in der Gemeinschaft, der gegenseitigen Hilfe wegen, etwas vorwärts. Ihre persönliche Hauswirtschaft, ein paar Schweine, Geflügel, Kaninchen, Gemüseanbau garantierten das Überleben, und die Herstellung von Naturalien war allemal wichtiger als die von sonstigen Gebrauchsgütern; denn wenn nicht Hamsterertausch stattfand, dann blieben doch die „Freien Spitzen“.

Zu Zeiten der LPG-Gründung nach 1952 war das Alltagsleben durch neuartiges Arbeitsverhalten gekennzeichnet, Arbeit in Brigaden, angeleitet von einem Brigadier, Planung von Anbau und Vermarktung durch Agronomen und landwirtschaftliche Institutionen, kein eigenverantwortliches Arbeiten mehr, weniger Engagement. Anfangs waren LPG-eigene Tiere noch in Privatställen untergebracht; später befanden sie sich in Stallungen im LPG-Gelände etwas außerhalb, das heißt die LPG-Mitglieder verließen zu ihrer täglichen Brigadearbeit ihre Wohnungen und arbeiteten in den LPG-Ställen oder auf dem Feld. Vor Arbeitsantritt hatten sie ihre eigenen privaten Tiere im Rahmen der persönlichen Hauswirtschaft versorgt. Auswärtiges Arbeiten machte eine Betriebskantine notwendig, einen Ganztagskindergarten mit Krippe, einen Schulhort mit Schulspeisung. Das Alltagsleben änderte sich, insbesondere nach der Vollkollektivierung. Die Mehrzahl der LPG-Mitglieder arrangierte sich zwischen privater und LPG-Arbeit, und gelegentlich ging die private Arbeit vor; daher der in der DDR geläufige Spruch: „Privat geht vor Katastrophe“.

In den späteren Jahren zeigte sich die Anpassungsbereitschaft der Merxlebener Bauern an veränderte Alltagsbedingungen noch stärker: Sie waren nicht durch Verbotsregelungen von ihrer persönlichen Hauswirtschaft abzubringen, hatten durch die LPG-Arbeit ein regelmäßiges Einkommen, billiges Kantinenessen, Urlaubsanspruch, Krankenversicherung, Altersversorgung. Die Höhe der zusätzlichen steuerfreien Einkünfte aus der persönlichen Hauswirtschaft war von ihrem Fleiß und ihrer unternehmerischen Phantasie abhängig. Und damit hatten sie sich recht gut eingerichtet.

## Resümee

Die Kollektivierung in Merxleben war im Sinne der Parteiführung befördert worden:

1. durch die zahlenmäßige Zunahme von Kleinbauern (Flüchtlinge), die aufgrund der Bodenreformgeschenke Staat und Partei verpflichtet waren;
2. durch die Stadtnähe, die Merxleben und seine Bewohner immer im direkten Einflussbereich der Parteifunktionäre hielt;
3. durch die Persönlichkeit Ernst Großmanns, der als ‚Hätschelkind‘ der Partei zur Durchsetzung der Maßnahmen beitrug;
4. durch die Isolation der Neubauern aufgrund der verweigerten Integration in die Dorfgemeinschaft der Alteingesessenen;
5. durch die Gründung der Liefergemeinschaft, die als Vorform der LPG eingestuft wurde.

Die Kollektivierung wurde aber auch modifiziert und verzögert:

1. durch die soziale Zusammensetzung der Alteingesessenen als vorwiegend mittel- und großbäuerlich;
2. durch die Verweigerungshaltung der Altbauern;
3. durch die Gründung einer Alternativ-LPG Typ I als Sammelbecken der Gegner der Totalkollektivierung;
4. durch die Unterwanderung der Totalvergesellschaftung durch den Massenbeitritt zur LPG Typ I beim so genannten „sozialistischen Frühling“ 1960;
5. durch das Festhalten der Dorfbewohner an ihrer persönlichen Hauswirtschaft.

Dennoch hatte die Partei am Ende offensichtlich ihr Ziel erreicht: „sozialistische Landwirtschaft“ mit Vollindustrialisierung, allerdings nicht so, wie geplant. Die Zielvorstellungen der Partei, die von einer Veränderung der Psyche der Bauern ausging und glaubte, diese könnten durch den vergesellschafteten Boden und die veränderte Lebensweise von Industriearbeitern ununterscheidbar werden,<sup>20</sup> wurden nicht erreicht. Ein neuer Typ Bauer – halb lohnabhängiger Arbeitnehmer, halb Kleinstunternehmer – widersprach den Parteizielen, aber das war wohl gegen Ende der Achtzigerjahre nicht mehr wichtig, denn die Kritik an der Gigantomanie der Landwirtschaft und den durch sie verursachten Umweltschäden war unüberhörbar geworden.

## Anmerkungen

- 1 Am Institut für deutsche und vergleichende Volkskunde der Münchener Universität wurde unter der Leitung von Prof. Dr. Helge Gerndt und Prof. Dr. Klaus Roth ein DFG-gefördertes Projekt durchgeführt, das sich mit dem Alltagsleben in einem DDR-Dorf und einem bulgarischen Dorfes befasste.
- 2 Die Forschungsergebnisse zum DDR-Dorf wurden veröffentlicht: Barbara Schier, Alltagsleben im „sozialistischen Dorf“. Merxleben und seine LPG im Spannungsfeld der SED-Agrarpolitik 1945–1990, Münster 2001.
- 3 Andreas Kurjo, Kooperation und Spezialisierung in der Landwirtschaft – das Funktionsmodell und seine Alltagspraxis in der DDR, in: Die DDR im vierzigsten Jahr. Geschichte, Situation, Perspektiven. Zweiundzwanzigste Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 16. bis 19. Mai 1989, Köln 1989, 88–105, hier 88; Christel Nehrig, Landwirtschaftspolitik, in: A. Herbst u.a. (Hg.), Die SED. Geschichte, Organisation, Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, 294–305.
- 4 Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin (Ost) 1967, 232 f.
- 5 Waid war ein begehrter Blaufarbstoff, der in Mitteldeutschland unter anderem in Merxleben angebaut wurde. Geerntet, gewaschen, getrocknet und in speziellen Waidmühlen gemahlen wurde er in die Städte gebracht. Die städtischen Waidgilden besorgten die Herstellung der blauen Farbe, die verkübelt in die großen Handelsstädte transportiert wurde. Waidanbau (auch bei Dreifelderwirtschaft auf der Brache möglich) war für alle Beteiligten ein lukratives Geschäft, das erst mit der Einführung des Indigos aus Ostindien seit Mitte des 16. Jahrhunderts zurückging.
- 6 Kreisleitung der SED Bad Langensalza und Kommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung (Hg.), Beitrag zur Geschichte der demokratischen Bodenreform im Kreis Bad Langensalza, Teil I, bearbeitet von Rolf Gothe, Bad Langensalza 1985, 34.
- 7 Andreas Kublan/Günter Pilz, Ein Dorf unserer Republik, Berlin 1955, Fundort: Stadtarchiv Bad Langensalza Nr. StA11629, 79–81.
- 8 Zur Bodenreform allgemein: Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996; Ulrich Kluge u.a. (Hg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der „sozialistischen Landwirt-



schaft“ in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 92, Stuttgart 2001; grundlegend: Arnd Bauerkämper, Ländliche Gesellschaft in der kommunistischen Diktatur. Zwangsmo-  
dernisierung und Tradition in Brandenburg 1945–1963, Zeithistorische Studien 21, Köln/Weimar/Wien 2002.

- 9 Stadtarchiv Bad Langensalza (StA) KA A 104.
- 10 StA Bad Langensalza, KA A 187.
- 11 SED-Bezirksparteiarchiv (BPA), Bestand Bezirksleitung Erfurt, B 194, IV/2/7–18, 26.5.1951,4.
- 12 Ebd. B 194, IV/2/7–18, 6.
- 13 Bundesarchiv DK 1, Nr. 1832, Bl. 52–55: Vertrauliches Protokoll der Ministerunterredung vom 6.6.1952.
- 14 Barbara Schier, Die Ablieferungsgemeinschaft der Merxlebener Neubauern als Klassenkampfinstrument? Ein thüringisches Dorf auf dem Weg zur Kollektivierung., in: Kluge u.a. (Hg.), Bodenreform, wie Anm. 8, 213–228, hier 221. Siehe auch Jens Schöne, Agrarpolitik und Krisenmanagement. Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR (1952–1961), Diss. Freie Universität Berlin 2004, 78–95.
- 15 Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 9. bis 12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Berlin 1952, 348–351.
- 16 „Freie Spitzen“ waren landwirtschaftliche Produkte, die über die Ablieferungspflicht („Soll“) hinaus produziert und zu günstigen Aufkaufpreisen an die Volkseigenen Erfassung- und Aufkaufbetriebe abgegeben wurden.
- 17 Die ab 1.1.1949 auch auf tierische Produkte ausgedehnte sogenannte Hektarveranlagung (ab 1.1.1949) war eine administrative vereinheitlichte Festlegung von abzuliefernden tierischen und pflanzlichen Produkten, nur abhängig von der Größe der Hektarfläche, ohne Berücksichtigung struktureller regionaler Verhältnisse. Konnte der Bauer die Produkte, so wie sie die Veranlagung vorsah, nicht liefern, mussten sie durch andere kompensiert werden, selbst wenn das die Selbstversorgung gefährdete (Mitteilung von Betroffenen im Interview). Die seit 1951 eingeführten acht Betriebsgrößengruppen (gegenüber fünf bis 1950) entlasteten die kleineren Bauern, obgleich es auch für sie bis 1953 kontinuierliche Sollerhöhungen gab (Für die Informationen zum Begriff Hektarveranlagung danke ich Professor Ulrich Kluge und Professor Christel Nehrig).
- 18 Der Inventar- oder Fondsausgleichsbeitrag war eine von verschiedenen LPG unterschiedlich veranlagte Zahlung von Mitteln der Mitglieder der LPG Typ I an die Typ III beim Übertritt. Es sollte damit der von der LPG Typ III bereits aufgebaute Kapitalstock ausgeglichen werden, der tatsächlich durch staatliche Investitionszuschüsse, Billigkredite und Steuererleichterungen zustande gekommen war. In Merxleben hatten die Bauern 4.450 Mark pro eingebrachten Hektar Bodens zu entrichten. Siehe auch Adolf Weber, Umgestaltung der Eigentumsverhältnisse und der Produktionsstruktur in der Landwirtschaft der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd.II,4, Baden-Baden 1995, 2809–2888, hier 2871.
- 19 BPA, Bestand Bezirksleitung Erfurt, A IV/2/7–18.
- 20 Volker Klemm u.a., Agrargeschichte. Von den bürgerlichen Agrarreformen zur sozialistischen Landwirtschaft in der DDR, Berlin (Ost) 1978, 210.